

## **Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)**

---

### **Stellungnahme der BI vom 22. Juli 2023 anlässlich des Schreibens des Justizministeriums an alle 1.101 Kommunen in Baden-Württemberg / Veranstaltungshinweis: 15. September 2023**

Wie der Presse zu entnehmen war, hat das baden-württembergische Justizministerium Anfang Juni 2023 alle 1.101 Kommunen im Land angeschrieben und um deren Unterstützung bei der Suche nach Liegenschaften für Landeserstaufnahmeeinrichtungen gebeten.<sup>1</sup>

#### **PR-Aktion und Schaffung von günstiger Aktenlage für Rechtsstreitigkeiten**

Mit ihrer Abfrage bei den Städten und Gemeinden reagiert die Landesregierung offenbar auf die unglücklichen Äußerungen ihres Ministerpräsidenten zu der ablehnenden Entscheidung des Pforzheimer Gemeinderats über die dort vorgesehene Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA).

Zur Erinnerung: Als Reaktion darauf hatte Herr Kretschmann Anfang April 2023 damit gedroht, dass „sich das Land im Zweifelsfall gegen eine Kommune durchsetzen“ könne.<sup>2</sup> Dies war vielfach in der Öffentlichkeit – auch von der BI – massiv kritisiert worden.<sup>3</sup>

Die Landesregierung setzt mit ihrem Schreiben an die 1.101 baden-württembergischen Kommunen nun öffentlichkeitswirksam auf deren Freiwilligkeit. Dieses Zeichen der Rückbesinnung auf einen respektvollen Umgang mit der kommunalen Planungshoheit war lange überfällig und ist zunächst einmal zu begrüßen.

Freilich wäre es aber mehr als überraschend, wenn baden-württembergische Städte und Gemeinden nun tatsächlich auf das Schreiben der Frau Ministerin reagieren und dem Land mögliche Liegenschaften für LEAen anbieten. Dies dürfte der Landesregierung selbst auch klar sein – sie wird nicht im Ernst daran glauben. Deshalb lässt sich der Vorgang in erster Linie als Versuch eines PR-Manövers erklären.

Des Weiteren dürfte mit der Aktion auch das Ziel verfolgt werden, eine günstige Aktenlage im Hinblick auf die bis jetzt ins Auge gefassten weiteren LEA-Standorte zu schaffen. Denn bei einem Rechtsstreit – und insbesondere dann, wenn die Landesverwaltung eine LEA gegen den Willen einer Belegenheitsgemeinde genehmigt – dürfte es entscheidend darauf ankommen, ob diese Maßnahme erforderlich ist, weil in tatsächlicher Hinsicht keine alternativen LEA-Standorte zur Verfügung stehen. Eine erfolglose Abfrage aller Kommunen im Land könnte dann als ein nicht zu unterschätzendes Begründungselement für das zwangsweise Vorgehen des Landes herangezogen werden.

#### **LEA-Konzept ist grundhaft gescheitert und lässt sich im Land nicht mehr vermitteln**

Dass es am Ende zu einem Rechtsstreit kommt, falls das Land versucht, einen LEA-Standort mit der Brechstange gegen den Willen der Standortgemeinde durchzusetzen, dürfte wahrscheinlich sein.

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/swr-bw-ministerin-ruft-kommunen-zur-suche-nach-fluechtlingsunterkuenften-auf-100.html>

<sup>2</sup> [https://www.swp.de/baden-wuerttemberg/fluechtlingsunterkuenfte\\_-kretschmann-will-kommunen-notfalls-zum-bau-zwingen-70119585.html](https://www.swp.de/baden-wuerttemberg/fluechtlingsunterkuenfte_-kretschmann-will-kommunen-notfalls-zum-bau-zwingen-70119585.html)

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Forderungspapier der BI vom 07. Mai 2023: „Die BI missbilligt die öffentlichen Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten im Nachgang zu dem Gemeinderatsbeschluss der Stadt Pforzheim vom 04. April 2023 und den damit offenbar verbundenen Versuch der Einschüchterung von politischen Entscheidungsträgern vor Ort. Nach Überzeugung der BI ist insbesondere bei kontroversen Themen das direkte Gespräch zielführender als jede plumpe Drohung. Die BI lädt Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann deshalb nach Tamm bzw. Asperg ein, um dort im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern in den unmittelbaren Dialog zum Thema LEA Schanzacker einzutreten.“

## Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

Die breite Ablehnung der LEAen sowohl bei Bürgerinnen und Bürgern als auch bei politischen Entscheidungsträgern vor Ort ist unübersehbarer Ausdruck des grundhaften Scheiterns eines in der Sache nicht tragfähigen Konzepts. Das Schreiben der Frau Justizministerin ist deshalb zugleich auch als handfester Beleg für die Erfolglosigkeit der Landesregierung zu sehen, ihr eigenes LEA-Konzept im Land weiterhin vermittelt zu bekommen.

Aber anstatt ihr Scheitern endlich einzusehen und das Konzept zur Unterbringung von Zuwanderern grundsätzlich neu zu denken, bittet die Landesregierung nun – ohne wesentliche Änderung bei den Parametern – die Kommunen um Hilfe: Laut dem Schreiben der Frau Justizministerin würden „unbebaute Grundstücke mit einer Größe zwischen 5 bis 8 Hektar“ gesucht sowie „bebaute Grundstücke [...], falls dort mindestens 500 Menschen untergebracht werden könnten“.<sup>4</sup>

Diese Ausführungen zeigen, dass die Landesregierung aus den Ereignissen der vergangenen Monate offenbar nichts gelernt hat. Mit einer Mischung aus Ignoranz und Trotz reitet die Landesregierung das tote LEA-Pferd also vorerst weiter und hofft auf einen guten Ausgang – der natürlich ausbleiben wird. Denn welcher Bürgermeister im Land ist jetzt noch freiwillig dazu bereit, sich in seine Kommune die hoch problematischen Zustände zu holen, die mit einer LEA bisheriger Bauart mittlerweile regelmäßig einhergehen?

### Prekäre Verhältnisse in LEAen und Standortgemeinden

Die bestehenden LEAen sind ausweislich der umfangreichen Presseberichterstattung dazu aus jüngerer Zeit alles andere als ein Erfolgsmodell:

- **September 2022 – Ellwangen:** „Eine Massenschlägerei in der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) in Ellwangen hat am Mittwochabend zu einem Großeinsatz der Polizei geführt. [...] An dieser Streitigkeit waren nun etwa 100 Personen beteiligt, die teilweise mit Eisenstangen und abgebrochenen Glasflaschen bewaffnet waren. [...] Die Polizei war mit mehr als zehn Streifenwagenbesetzungen vor Ort [...]“<sup>5</sup>
- **Oktober 2022 – Sigmaringen:** „Bürger in Sigmaringen sorgen sich um die Sicherheit in ihrer Stadt. Das wurde gestern bei einer Infoveranstaltung zur Situation in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) klar. [...] Bei der Veranstaltung meldeten sich Betroffene zu Wort, die von Belästigungen von Frauen und Mädchen durch Bewohner der LEA berichteten. Auch die Polizei hat eine Zunahme von Straftaten registriert. Das Justizministerium verstärkt deshalb die Polizeipräsenz.“<sup>6</sup>
- **Januar 2023 – Freiburg:** „Seit mehreren Wochen kommt es in Freiburg verstärkt zu Gewalt in einer Flüchtlingsunterkunft und Straftaten in der Öffentlichkeit. [...] Die laut Polizei auffallend nach oben schnellenden Deliktzahlen sollen ebenso wie Massenschlägereien unter anderem mit einer deutlich gestiegenen Belegung der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) zusammenhängen. [...]

---

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/swr-bw-ministerin-ruft-kommunen-zur-suche-nach-fluechtlingsunterkuenften-auf-100.html>

<sup>5</sup> <https://www.swp.de/lokales/craillheim/schlaegerei-in-lea-ellwangen-100-personen-gehen-aufeinander-los-grosseinsatz-der-polizei-66806519.html>

<sup>6</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/sigmaringen-sorge-um-sicherheit-wegen-landeserstaufnahme-100.html>

Dutzende Männer sollen in der LEA unter anderem mit Stangen und Messern aufeinander losgegangen sein. Diverse Personen hätten dabei Schnitt- und Schlagverletzungen erlitten. Wegen der zeitweise unklaren Lage mussten Polizeieinheiten aus dem gesamten Stadtgebiet sowie Beamte der Bundespolizei hinzugezogen werden. [...]“<sup>7</sup>

„Infolge der schweren Ausschreitungen auf dem Gelände der [...] LEA in Freiburg haben Staatsanwaltschaft, Polizei und Regierungspräsidium Konsequenzen gezogen und eine engere Zusammenarbeit vereinbart. [...] Insgesamt fünfmal sei die Polizei bereits zwischen Sonntagabend und Montagvormittag wegen schwerer Ausschreitungen zu der Einrichtung für Geflüchtete ausgerückt. Acht Menschen wurden bei den Vorfällen verletzt, wie die Beamten mitteilten. Neun Verdächtige seien vorläufig festgenommen und in Gewahrsam genommen worden. [...] Am Sonntagabend waren demnach rund 40 Menschen mehrfach mit Gegenständen und Messern aufeinander losgegangen.“<sup>8</sup>

### Schlussfolgerungen

In Sachen LEAen ist die Landesregierung nicht nur als Geisterfahrer unterwegs, sie verpasst auch noch bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Ausfahrt. Anlässe für den unverzüglichen Ausstieg aus dem bisherigen LEA-Konzept hätte es in der jüngeren Vergangenheit eigentlich mehr als genug gegeben – wie die vorstehenden Presseberichte zeigen.

Die Landesregierung in ihrer auf Stuttgarter Halbhöhlenlage gelegenen Villa Reitzenstein ist von diesen realen Problemen bei den LEAen naturgemäß weit entfernt. Insbesondere scheint es die Landesregierung auch nicht weiter zu kümmern, was sie den Beamtinnen und Beamten ihres Polizeivollzugsdienstes mit den LEAen bisheriger Bauart im Dienstalltag eigentlich so alles zumutet: Denn am Ende sind es schließlich die Frauen und Männer der Polizei, die bei den beschriebenen Gewaltausbrüchen in die LEAen einrücken und dort die Sicherheit und Ordnung wiederherstellen müssen.

Ziemlich genau 8 Jahre nach Einsetzen der Ereignisse, die gemeinhin als „Europäische Flüchtlingskrise 2015 / 2016“ beschrieben werden, scheint die Landesregierung nun also – erneut – unvorbereitet, überfordert und nicht mehr Herr der Lage hinsichtlich des bestehenden Zustroms von Zuwanderern zu sein. Scheinbar wurden in der Zwischenzeit zu wenige dauerhaft taugliche Infrastrukturen geschaffen, um auf eine solche Lage schnell und effektiv reagieren zu können. Und nach wie vor favorisiert das Land deshalb das Konzept großer LEAen, weil sich die Verwaltung von größeren Einrichtungen offenbar kostengünstiger gestaltet als die Verwaltung kleinerer Einrichtungen.<sup>9</sup> Dieser Vorteil kann aber nicht das maßgebliche Kriterium sein – denn er führt geradewegs in eine Sackgasse.

Der zielführende Weg sind deutlich kleinere LEAen, um damit den Erfordernissen der Integration und der öffentlichen Sicherheit hinreichend Rechnung tragen zu können. Zugleich gestaltet sich die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie der politischen Entscheidungsträger vor Ort umso größer, je kleiner eine LEA ausfällt. Es bedarf deshalb nun schnellstmöglich eines kompletten Neustarts beim LEA-Konzept des Landes.

---

<sup>7</sup> [https://www.focus.de/panorama/welt/freiburg-kriminelle-nordafrikanische-fluechtlinge-bringen-stadt-an-die-grenzen\\_id\\_184558895.html](https://www.focus.de/panorama/welt/freiburg-kriminelle-nordafrikanische-fluechtlinge-bringen-stadt-an-die-grenzen_id_184558895.html)

<sup>8</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/artikel-ausschreitungen-lea-freiburg-100.html>

<sup>9</sup> Schreiben des Justizministeriums an die BI vom 18.07.2023: „Größere Einrichtungen [...] sind aber auch aus Sicht des Steuerzahlers vorzugswürdig.“

### Absolute und relative Personenbegrenzung bei LEAen (Haltelinien)

Die BI hatte bereits vor einigen Wochen die Größe der bisherigen LEAen im Land sowie die Anzahl der darin jeweils untergebrachten Personen kritisiert und die Landesregierung zum Umdenken aufgefordert.<sup>10</sup> Nach Überzeugung der BI ist es nicht angängig, dass im Land weiterhin riesige Sammelunterkünfte mit zum Teil mehreren tausend Personen darin geschaffen werden. Zum einen sind Einrichtungen in dieser Größe bereits deshalb abzulehnen, weil die Bedingungen für die darin untergebrachten Menschen schlicht unzumutbar sind. Zum anderen gehen mit solchen Einrichtungen gravierende Probleme im Hinblick auf die Erfordernisse der Integration und der öffentlichen Sicherheit einher.

Daher ist zunächst eine Begrenzung der Größe von LEAen / der Anzahl der darin untergebrachten Personen notwendig (**absolute Haltelinie**). Darüber hinaus müssen aber wiederum auch (i) die Größe einer LEA / die Anzahl der darin untergebrachten Personen und (ii) die Größe der Standortgemeinde / die Anzahl der dort lebenden Menschen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (**relative Haltelinie**). Die BI fordert mithin eine doppelte Personenbegrenzung für jeden LEA-Standort – und zwar sowohl in absoluter als auch in relativer Hinsicht. Konkret schlägt die BI dazu vor:

- LEAen dürfen nur eine Größe von maximal 100 Personen aufweisen
- Zugleich dürfen in einer LEA nicht mehr Personen als maximal 1% der Einwohner der Belegenheitsgemeinde bzw. der Angrenzergemeinden untergebracht werden

Die Festlegung von verbindlichen Größenbeschränkungen tut auch deshalb dringend Not, weil das Land die LEAen in der Praxis zuweilen dramatisch überbelegt.

### Land nimmt keine Rücksicht auf vorgesehene Belegung von LEAen

Die Landesregierung hält sich bereits seit Jahren nicht an die Planungen und Zielgrößen der LEAen und überschreitet die vorgesehenen Belegungszahlen zum Teil erheblich:

- **Dezember 2015 – Ellwangen:** „Die Landes-Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) hat die Stadt verändert. Das zeigt sich am Stadtbild. Und an den Zahlen. [...] Die Wirklichkeit hat die Planung schnell eingeholt. Kaum zwei Monate später leben schon über 1200 Menschen in der alten Kaserne. [...] Dabei ist die LEA für eine Belegung mit 500 maximal 1000 Flüchtlingen ausgelegt. So ist das in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Stadt und Land festgelegt worden. Auf deren Einhaltung pochten Oberbürgermeister und Gemeinderat immer wieder vergeblich. Das Land argumentierte, dass angesichts der vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sich die Grundlagen der Vereinbarungen geändert hätten. [...] Den absoluten Höchststand erreichte die LEA am 23. September, da lebten hier 4659 Männer, Frauen und Kinder, die teils Stunden fürs Essen anstehen mussten, weil der Betrieb für so viele Menschen einfach nicht ausgelegt war.“<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Forderungspapier der BI vom 07. Mai 2023: „Große Einrichtungen mit zum Teil mehreren tausend Personen darin sind der falsche Weg im Hinblick auf die Erfordernisse der Integration und der öffentlichen Sicherheit. [...] Die BI fordert hier ein fundamentales Umdenken und eine drastische Reduzierung der Größe der LEAen bzw. der Anzahl der darin untergebrachten Personen.“

<sup>11</sup> <https://www.schwaebische.de/regional/ostalb/ellwangen/fuer-20000-fluechtlinge-war-die-lea-die-erste-anlaufstelle-488375>

## Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

- **Oktober 2022 – Sigmaringen:** „Die Landeserstaufnahmeeinrichtung bietet im Regelfall Platz für 875 Personen.“<sup>12</sup>

„In der LEA Sigmaringen sind aktuell 1816 Asylbewerber untergebracht [...]. Die für den Regelbetrieb vorgesehene Belegung von höchstens 875 Menschen sei zwar schon einige Zeit überschritten worden. Nach dem Vertrag, den die Stadt und das Land Baden-Württemberg 2017 abgeschlossen haben, ist das bei ‚besonderen Fluchtsituationen‘ auch möglich. Von bis zu 1650 Flüchtlingen in der LEA hatte das Justizministerium gesprochen. [...] Ende September kam dann die problematische Nachricht aus Stuttgart: Jetzt war von einer Maximalzahl von 2100 Menschen die Rede.“<sup>13</sup>

„Keine Obergrenze bei LEA-Belegung | Nach Angaben von Bürgermeister Ehm ist nicht verbindlich geregelt, wie viele Menschen in der LEA Sigmaringen untergebracht werden dürfen. Zwar sei im Vertrag mit dem Land von bis zu 2.100 Personen die Rede, das sei aber nicht verbindlich. Da gehe das Gleichgewicht in der Stadt verloren. Der Stadt aber seien die Hände gebunden, so der Bürgermeister, der selbst Jurist ist. [...] Deshalb habe er mit Unterstützung des Gemeinderats bereits dem Justizministerium geschrieben und gefordert, nicht mehr als 1.000 Personen in der LEA unterzubringen.“<sup>14</sup>

Welch unhaltbarer Zustand: Der Bürgermeister wird im Hinblick auf die Verhältnisse in seiner eigenen Kommune zu einem bloßen Bittsteller gegenüber der Landesregierung degradiert.

### Sachliche Kritik an den LEAen ist seitens der Landesregierung unerwünscht

Hinzu kommen fragwürdige Reaktionen der Landesregierung, wenn im Hinblick auf die LEAen solche offensichtlichen Fehlentwicklungen öffentlich angesprochen werden:

„Kretschmann ärgert sich über Bareiß-Brief zur LEA | In der LEA Sigmaringen leben deutlich mehr Flüchtlinge als vorgesehen. Deswegen hat der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß einen Brief an Kretschmann geschrieben. Der hat jetzt geantwortet. In der Debatte um die Belegung der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Flüchtlinge in Sigmaringen hat [sich] Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag in Stuttgart zum Brief des Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß (CDU) geäußert: ‚Das hat mich geärgert‘, so Kretschmann, ohne Bareiß namentlich zu nennen. Er bitte doch alle, ‚auch Bundestagsabgeordnete, sich mit uns zu besprechen, bevor man Briefe schreibt und an die Presse verteilt, um Stimmung zu machen.“<sup>15</sup>

Ein souveräner Umgang mit Problemschilderungen aus dem wahren LEA-Leben sieht sicherlich anders aus. Die Spitze der Landesregierung reagiert dünnhäutig, ungehalten und tadelt berechnete Sachkritik als Stimmungsmache. Diese Reaktion lässt ein weiteres Mal Zweifel dahingehend aufkommen, wie ernst es die Landesregierung mit ihrer „Politik des Gehörtwerdens“ wirklich meint.

---

<sup>12</sup> <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpt/abt1/ref152/seiten/lea-sigmaringen/>

<sup>13</sup> <https://www.schwaebische.de/regional/sigmaringen/sigmaringen/lea-sigmaringen-fast-doppelt-so-viele-asylbewerber-wie-regulaer-vorgesehen-4346?lid=true>

<sup>14</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/sigmaringen-sorge-um-sicherheit-wegen-landeserstaufnahme-100.html>

<sup>15</sup> <https://www.schwaebische.de/regional/sigmaringen/sigmaringen/kretschmann-aergert-sich-ueber-bareiss-brief-zur-lea-1304230?lid=true>

### Zusammenfassung und Ausblick

Die Landesregierung suggeriert Bürgernähe, während sie sich in Wahrheit von der Lebenswirklichkeit im Land weit entfernt hat. Ihre substanzlose „Politik des Gehörtwerdens“ steht im eklatanten Widerspruch zur politischen Realität – die sich in einem Weghören erschöpft. Zugleich werden Kritik und Widerspruch offenbar nur noch als Störfaktoren wahrgenommen:

- Ein Volksvertreter spricht sachlich die problematischen Verhältnisse in einer LEA an (siehe den Brief von MdB Bareiß im Oktober 2022) -> Die Eingabe wird von der Landesregierung als Stimmungsmache herabgewürdigt.
- Der Gemeinderat einer Standortgemeinde lehnt eine LEA ab (siehe den Beschluss der Pforzheimer Gemeinderats vom 04. April 2023) -> Die Landesregierung reagiert darauf mit Drohung und Einschüchterung.
- Mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger demonstrieren gegen einen LEA-Standort (siehe die Demonstration vom 07. Mai 2023 am Schanzacker) -> Die Landesregierung äußert sich dazu mit keinem Wort und tut so, als wäre nichts gewesen.
- Gleiches gilt (i) für die von der BI mehrfach ausgesprochenen Einladungen an die Landesregierung zur Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung – bis heute ohne Antwort – sowie (ii) für den Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung zum Thema LEAen und zur Migrationslage im Land – Stichwort: Beteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg.

Die BI ist mit diesen Umgangsformen nicht einverstanden und nimmt dies zum Anlass, ihren Widerstand gegen die LEA Schanzacker zu intensivieren: Die BI wird ihren Fokus nunmehr auch darauf richten, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Meinung zur LEA Schanzacker unmittelbar zum Ausdruck bringen können. Die BI wird mithin genau die Form der ehrlichen und transparenten Bürgerbeteiligung ermöglichen, die die Landesregierung ihrer Bürgerschaft vorenthält.

### Nächste Veranstaltung der BI am Freitag, den 15. September 2023

Die BI befindet sich derzeit in den Vorbereitungen für ihre nächste Großveranstaltung, die unmittelbar nach dem Ende der baden-württembergischen Sommerferien stattfinden wird.

Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen auch die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, zur vom Land geplanten LEA Schanzacker öffentlich zu Wort zu kommen (**Bürgerdialog**).

Wir bitten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, sich bereits jetzt den **15. September 2023 ab 19 Uhr** vorzumerken (Abendveranstaltung).

Weitere Informationen zu der Veranstaltung folgen voraussichtlich zu Beginn des Monats August.